

Bericht	Geschäftsbereich	Stadtentwicklung, Bauen und Verkehr
	Ressort / Stadtbetrieb	Geschäftsbereich 1.2 - Stadtentwicklung, Bauen und Verkehr
	Bearbeiter/in Telefon (0202) Fax (0202) E-Mail	Hans Walter Westebbe 563 5170 563 8160 hw.westebbe@stadt.wuppertal.de
	Datum:	17.05.2004
	Drucks.-Nr.:	VO/2963/04/1 öffentlich
Sitzung am	Gremium	Beschlussqualität
24.05.2004	Rat der Stadt Wuppertal	Entgegennahme o. B.
Beantwortung einer Anfrage der Fraktion Bündnis 90 / Grüne - Europabüro		

Grund der Vorlage

Anfrage der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen
vom 05.05.2004 Drucks.Nr. V0/2963/04

Beschlussvorschlag

Die Ausführungen werden entgegen genommen.

Unterschrift

Uebrick

Begründung

Beantwortung der Anfrage der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

vom 05.05.2004 Drucks.Nr. V0/2963/04

1) Wie bewertet die Stadtverwaltung die Arbeit des Europabüros?

- a) Sind die mit der Einrichtung des Büros verbundenen Erwartungen hinsichtlich der Aufgabenstellung und Zielsetzung erfüllt worden?

Antwort

Die Frage ist unter Berücksichtigung der zur Verfügung stehenden Ressourcen

und der sich entwicklungsbedingt ändernden Prioritäten zu bejahen.

- b) Sind die gewählten Organisations- und Arbeitsformen vor dem Hintergrund der bisherigen Erfahrungen als angemessen zu bezeichnen oder müssen neue Strukturen für die „Europaarbeit“ der Stadt entwickelt werden?

Antwort

Die Organisations- und Arbeitsformen sind als angemessen zu bezeichnen. Vor dem Hintergrund jüngerer und zu erwartender Entscheidungen (Daseinsvorsorge, Kohäsionspolitik nach 2006, Verfassung usw.) ist zu prüfen, inwieweit die Arbeit des „Kontaktkreises Europa“ den geänderten Bedingungen anzupassen und wieder zu intensivieren ist. Unabhängig davon kann das Europabüro auch künftig für operative Geschäfte der Fachverwaltungen nur koordinierende und beratende Funktionen wahrnehmen.

- c) Welche sonstigen Planungen z. B. personeller Art bestehen für die Zukunft?

Antwort

Die derzeitigen haushaltsrelevanten Gegebenheiten lassen Planungen personeller Art nicht zu.

- d) Wie funktioniert der Informationsaustausch zwischen dem Europabüro und anderen Stellen der Stadtverwaltung?

Antwort

Grundsätzlich über fallbezogene Einzelinformationen im Rahmen des Informationsdienstes des Europabüros.

- e) Hat sich die Arbeit des „Kontaktkreises Europa“ in diesem Zusammenhang bewährt oder müssen andere Strukturen gefunden werden?

Antwort

Siehe Antwort zu 1b)

- f) Wird die Öffentlichkeitsarbeit des Europabüros als ausreichend angesehen? Gibt es Verbesserungsmöglichkeiten?

Antwort

Eine Intensivierung der Öffentlichkeitsarbeit vor Ort wird von mehreren Europabüros in Deutschland wegen der geringen Resonanz auf die EU in der Öffentlichkeit für wünschenswert gehalten. Grenzen ergeben sich auch in Wuppertal auf Grund der vorhandenen Personalkapazitäten, deren Einsatz sich an anderweitigen Prioritäten orientieren muss.

- g) Wie wurde innerhalb der bestehenden Strukturen mit dem „Grünbuch zu Dienstleistungen von allgemeinem Interesse“ der Europäischen Kommission aus dem Jahr 2003 verfahren und welche Antworten auf die dort aufgezeigten Herausforderungen wurden entwickelt?

Antwort

Bis Mitte des 1. Quartals 2004 war es wegen der gegebenen Rechts- und Planungsunsicherheit zu „Dienstleistungen von allgemeinem Interesse“ zweckmäßig, die durch das entsprechende Grünbuch angeregte Diskussion zur Entscheidungsfindung zu beobachten. Einfluss auf diese Entwicklung kann nur über die Kommunalen Spitzenverbände genommen werden. Davon primär ist das Beteiligungsmanagement im Ressort „Finanzen“ betroffen.

Weitere Ausführungen zu diesem Komplex ergeben sich aus den Ausführungen zu Punkt 5 der Anfrage.

2) Wie bewertet die Stadtverwaltung die Förderberatung des Europabüros im Hinblick auf Effizienz und Ertrag?

- a) Erscheint für die Zukunft eine Ausweitung oder Reduzierung der Beratung erforderlich?

Antwort

Maßgebend für Anträge auf EU-Förderung und somit begleitende Beratung durch das Europabüro ist, ob im Rahmen der jeweiligen Programmausschreibung Zuschüsse für Aufgaben gewährt werden, die bereits wahrgenommen werden. Die Übernahme neuer Aufgaben kann wegen der Aussicht, in den Genuss von Zuschüssen zu kommen, aus haushaltsrechtlichen Gründen nicht in Betracht kommen. Vor diesem Hintergrund ist eine Änderung der Beratung weder zweckmäßig noch erforderlich.

- b) Wie ist die Zusammenarbeit des Büros mit anderen Trägern von Beratungsangeboten in Wuppertal (Wirtschaftsförderung und Regionalbüro) zu bewerten?

Antwort

Positiv, sie findet fallbezogen in unregelmäßigen Abständen statt.

- c) Gibt es Pläne für eine engere Kooperation mit diesen Trägern?

Antwort

Dazu wird z.Zt. keine Notwendigkeit gesehen.

- d) Gibt es Bewertungen zur Beratungsarbeit des Büros von Seiten der Beratenen?

Antwort

Nein

- e) Wenn ja, wie sehen diese aus?

Antwort

Entfällt

- f) Wie bereitet sich das Europabüro darauf vor, dass sich die Förderstrukturen mit dem neuen Finanzrahmen im Jahr 2007 ändern werden?

Antwort

Das Europabüro beobachtet die Diskussion zur künftigen Kohäsionspolitik der EU unter besonderer Berücksichtigung einer Neuausrichtung der Strukturfonds. Nach Verabschiedung neuer Förderstrukturen durch die neue EU-Kommission –zu erwarten gegen Ende der zweiten Jahreshälfte- wird in Verbindung mit den betroffenen Dienststellen der Verwaltung das weitere Procedere festzulegen sein. Das gilt insbesondere für die Neuausrichtung der Ziel 2 – Politik.

- g) Erscheint in diesem Zusammenhang eine Zusammenarbeit bei der Förderberatung mit den entsprechenden Stellen der Städte Remscheid und Solingen sinnvoll?

Antwort

Ja

- h) Gibt es Pläne für eine solche engere Zusammenarbeit?

Antwort

Es gibt einen ständigen Erfahrungsaustausch zwischen den EU-Beauftragten von Solingen und Wuppertal, der künftig auch auf Remscheid ausgedehnt werden soll. Über eine Intensivierung dieser Zusammenarbeit wird im Zusammenhang mit der zu f) angesprochenen EU-Entscheidung zu beraten sein.

- 3) Wie ist die Vernetzung der Arbeit des Europabüros mit den internationalen Aktivitäten der Stadt im Bereich Städtepartnerschaften oder Stadtmarketing zu beurteilen?

- a) Ist es aus Sicht der Verwaltung sinnvoll, das Europabüro mit den für die Städtepartnerschaften zuständigen Stellen zusammenzulegen?

Antwort

In vergleichbaren und größeren Städten ist das „Europabüro“ überwiegend dem Büro des Oberbürgermeisters oder dem Geschäftsbereichsleiter/Dezernenten für Stadtentwicklung zugeordnet. Dafür spricht die verwaltungsübergreifende Bedeutung der Aufgabe. Die Berührung der mit den für die Städtepartnerschaft zuständigen Stellen hat nicht die Intensität, wie zu anderen Stellen wie z.B. der Stadtentwicklung, dem Beteiligungsmanagement, der Weiterbildung usw.

- b) In welchen Strukturen könnte dies geschehen?

Antwort

Entfällt wegen Antwort zu 3 a)

- c) Erscheint es in diesem Zusammenhang sinnvoll, eine weitere Zusammenarbeit mit Kommunen aus den neuen Mitgliedsstaaten der EU anzustreben?

Antwort

Die Zusammenarbeit mit Kommunen aus den neuen Mitgliedsstaaten der EU wird nach bisheriger Erfahrung bei der Entscheidung über Projektanträge ein herausgehobenes Bewertungskriterium darstellen. Unter diesem Aspekt werden sich Beziehungen zu Kommunen aus diesen Ländern ebenso positiv auswirken wie für das Ziel der europäischen Einigung. Dazu sollten bestehende Städtepartnerschaften vorrangig genutzt werden.

- 4) Erscheint der Stadtverwaltung eine Mitgliedschaft im Städteverband EUROCITIES erstrebenswert?

Wenn die Frage mit Ja oder Nein beantwortet wird, bitten wir um Begründung.

Antwort

Eine Mitgliedschaft wird wegen der Höhe des Beitrages unter dem Gesichtspunkt Aufwand /Ergebnis nicht für vertretbar gehalten. Die Stadt Wuppertal ist Mitglied der Deutschen Sektion des Rates der Gemeinden und Regionen Europas.

- 5) Gehört es zum Aufgabenbereich des Europabüros, sich mit den Auswirkungen der Pläne der Europäischen Kommission zur Liberalisierung weiter Bereiche der städtischen Daseinsvorsorge auseinander zu setzen?

Antwort

Ja, weil mit der Entwicklung auf dem Sektor der „Dienstleistungen von allgemeinem Interesse“ eine Vielzahl strategischer Überlegungen in verschiedenen Bereichen der Verwaltung verbunden sind, die vernetzt werden müssen.

Wenn ja

Zu welchen Ergebnissen ist das Europabüro gekommen und wie sieht in diesem Bereich die Zusammenarbeit mit anderen Stellen der Stadtverwaltung aus?

Antwort

Die Umsetzung der Wettbewerbsbestimmungen des Europäischen Gemeinschaftsvertrages und somit der Regelungen auf dem Sektor der „Dienstleistungen von allgemeinem Interesse“ (Daseinsvorsorge) stellt die Kommunen wegen der Rechts- und Planungsunsicherheit vor große Probleme. Dazu ist teilweise mit dem am 12.05.04 von der Kommission angenommenem „Weißbuch zu Dienstleistungen von allgemeinem Interesse“ (Weißbuch: Amtlich ausgearbeitete konzeptionelle Vorschläge) Abhilfe geschaffen worden. Wegen seiner grundsätzlichen Bedeutung und der immer noch nicht zu übersehenden Unklarheiten steht dieses Thema auch auf der Tagesordnung für das Treffen mit der Staatssekretärin für Europa in NRW zu einem Gedankenaustausch mit den Europabeauftragten am 07.06.04.

Die bisherige Umsetzung der ergangenen Regelungen ist überwiegend vom Beteiligungsmanagement geleistet worden. Auf Grund der neueren Entwicklung im Jahr 2004 wird jetzt eine Intensivierung der Zusammenarbeit durch Bildung eines „Arbeitskreises Daseinsvorsorge“ zur Vernetzung der nunmehr zu treffenden Maßnahmen für erforderlich gehalten. Dabei kann unter Umständen eine strategische Neuausrichtung verschiedener städtische Beteiligungen erforderlich werden, die der Begleitung durch ein neu zu bildendes Netzwerk bedarf.

Wenn nein

- a) Innerhalb welcher Strukturen setzt sich die Stadtverwaltung mit diesen Herausforderungen auseinander?

Antwort

Entfällt

- b) Wie bereitet sich die Stadtverwaltung beispielsweise darauf vor, in absehbarer Zukunft weite Bereiche städtischer Leistungen in europaweiten Ausschreibungsverfahren zu vergeben?

Antwort

Entfällt

- c) Besitzt die Stadtverwaltung für die Erstellung solcher Ausschreibungen ausreichend Personal und Sachverstand, oder wird die Stadtverwaltung auf externe Berater angewiesen sein?

Antwort

Entfällt

- d) Wie setzt sich die Stadtverwaltung mit den Folgen einer weiteren Liberalisierung für die städtischen Unternehmen auseinander?

Antwort

Entfällt

- e) Zu welchen Ergebnissen kommt sie?

Antwort
Entfällt

- f) Gibt es in diesem Gesamtzusammenhang einen Erfahrungsaustausch bzw. eine Zusammenarbeit mit den Städten Remscheid und Solingen?

Antwort
Entfällt